



Kern: Für ein niederschwelliges und vielfältiges Unterstützungs- und Beratungsangebot an den Schulen

In einer Landtagsdebatte über die „Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses ‚Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt‘“ sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern: „Der vom Landtag eingesetzte Sonderausschuss hat damals eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe übernommen. Er sollte Vorschläge für Maßnahmen erarbeiten, die geeignet sind, einem weiteren Amoklauf von vornherein den Boden zu entziehen. Die FDP-Landtagsfraktion ist froh, dass der Sonderausschuss sich seinerzeit dagegen entschieden hat, unsere Schulen zu Festungen zu machen. Stattdessen soll das Unterstützungssystem aus Schulpsychologen, Beratungslehrern und Gewaltpräventionsberatern in erheblichem Umfang ausgebaut werden. Wir Liberalen halten diese Investitionen für mehr als gerechtfertigt. Wir erwarten uns von den Anlaufstellen und ihren Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Schüler einen verbesserten Umgang mit schwierigen Situationen und Konflikten, eine Stärkung ihres Selbstwertgefühls und die Voraussetzung für ein gutes Miteinander aller an den Schulen. Das erscheint uns als das einzig Sinnvolle und Wirksame, was auch zur Vorbeugung eines weiteren Amoklaufs getan werden konnte.“

Noch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung wurden bereits im Jahr 2010 16,3 Millionen Euro für die Umsetzung der Sonderausschuss-Vorschläge bereitgestellt. Davon wurden unter anderem auf den Weg gebracht: 100 zusätzliche Schulpsychologenstellen, ein Kompetenzzentrum Schulpsychologie, der Ausbau der Beratungslehrerkapazitäten, die Ausbildung von Präventionsberatern und die Einführung des Gewaltpräventionsprogramms nach Dan Olweus an den Schulen. Erfreulicherweise hat die grün-rote Landesregierung den Kurs ihrer Vorgängerregierung offenbar fortgesetzt und den vorgesehenen Ausbau des Unterstützungs- und Beratungssystems an den Schulen planmäßig durchgeführt.

Jedes dieser Angebote der Unterstützung und Beratung hat seine besonderen Stärken. Während der Beratungslehrer an der Schule am nächsten greifbar ist, ist die Schulpsychologin in der Beratungsstelle eine psychologisch geschulte Ansprechpartnerin mit etwas Distanz zur Schule. Und der örtliche Schulsozialarbeiter vermag durch jugendgerechte Aktivitäten ein wenig abseits des Schulalltags junge Menschen anzusprechen. Wenn wir ein möglichst niederschwelliges, möglichst individuelles Unterstützungssystem haben wollen, muss es vielfältig ausgestaltet sein. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erkenntnis auch die weitere Politik von Grün-Rot in diesem Bereich trägt und nicht das eine Angebot gegen das andere ausgespielt wird.



Wenn man die Ausgestaltung des Schulpsychologie-Ausbaus von Schwarz-Gelb mit der Schulsozialarbeits-Bezuschussung durch Grün-Rot vergleicht, fallen jedoch eklatante handwerkliche Unterschiede auf. Das lässt sich am Beispiel der freien Schulen gut verdeutlichen. Während der Schüler an einer freien Schule die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu einem Schulpsychologen hat wie ein Schüler an einer staatlichen Schule, wird Schulsozialarbeit an freien Schulen von der Zuschussung ausgeschlossen und auch nicht in die Bruttokosten einberechnet. Damit wird aufs Ganze gesehen fast jeder zehnte Schüler zu einem Schüler zweiter Klasse hinsichtlich der Schulsozialarbeit. Leider hat Grün-Rot diesen Webfehler seiner Schulsozialarbeits-Bezuschussung weder auf die Mahnung der freien Schulen noch auf die der FDP-Landtagsfraktion korrigiert.